Harxheimer werden ungeduldig

RZ - 21.10.1993 -

Flächennutzungsplan der VG Bodenheim kommt nicht voran / „Prekäre Situation"

gz. HARXHEIM — Wenig erfreut zeigte sich der Harxheimer Gemeinderat über die schleppende Fortschreibung des neuen Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Bodenheim. Zum einen sei kein neues Bauland in der Kommune mehr vorhanden, zum anderen werde auch in absehbarer Zeit das Gewerbegebiet voll belegt sein.

Auf diese „prekäre Situation" wies Ortsbürgermeister Heinrich Müller (SPD) eindringlich hin. Zwar zeigte er Verständnis dafür, daß ein solcher Flächennutzungsplan nicht über Nacht aufgestellt und in Kraft treten könne. Aber mittlerweile seien drei Jahre verstrichen, seit die Verbandsgemeinde mit sehr kurzer Fristsetzung eine Stellungnahme der Harxheimer angefordert habe, sagte Bürgermeister Müller, und noch immer sei nichts passiert.

Dieser Meinung schlossen sich die Fraktionen ausnahmslos an. Von der SPD kam noch der Hinweis, daß die dringlichen Harxheimer Interessen mehrmals vorgebracht worden seien, doch bis heute seien lediglich neuerliche Fortschreibungen als Ergebnis zu verbuchen.

Deshalb beschloß der Rat, einen Sachstandsbericht von der Verbandsgemeinde anzufordern, verbunden mit der Bitte, der Gemeinde einen Termin zu nennen, zu dem die eigenen Belange berücksichtigt worden sind und in Kraft treten.

Auf seiner Sitzung im September hatte der Rat beschlossen, beim VG-Ordnungsamt die Einrichtung einer Tempo-30-Zone im alten Ortskern zu beantragen. Dies war zum großen Unmut der Räte abgelehnt worden. Als Begründung wurde die Schaffung einer „Scheinsicherheit" für Fahrradfahrer und Fußgänger angeführt. Die Verkehrssituation würde eher verschlechtert statt verbessert, hieß es. Außerdem habe die Gemeinde keine begleitenden baulichen Maßnahmen wie in die Fahrbahn ragende Blumenbeete, Bäume oder ähnliches vorgesehen. Würden diese nachträglich integriert, so würden sie den Verkehr, vor allem den der dort ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe, unbotmäßig beeinträchtigen.

Da es im Neubaugebiet bereits eine „Zone 30" gibt, verlangt der Ortsbürgermeister nun das gleiche Recht für alle Bürger und schlug vor, vom Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen. Die CDU-Fraktion brachte es kurz auf den Punkt, der Rat wolle die „Zone 30", also bleibe nur der Weg der Beschwerde übrig, nachdem das Ordnungsamt bereits die Einschwärzung der drei Jahre alten „30" als Fahrbahnmarkierung angeordnet hat. Einstimmig votierte der Rat für die Aufnahme des Widerspruchsverfahrens.

Das Dach des Kindergartens erwies sich während der letzten heftigen Regengüsse an einigen Stellen als undicht, weshalb Bürgermeister Müller in einer Eilentscheidung einer Firma den Auftrag zur Reparatur übergab. Der Erste Beigeordnete Volkhard Feldner wies darauf hin, daß es sich jedoch nur um ein Provisorium handele, das bis zum Frühjahr halten könne. Die verbleibende Zeit müsse genutzt werden, um ein tragfähiges Sanierungskonzept zu erstellen. Zu der Befürchtung einiger Eltern, daß im Kindergarten eine erhöhte Konzentration an krebserzeugenden Stoffen zu vermuten sei, wurde im Rat lediglich mitgeteilt, daß eine wenige Jahre zurückliegende Untersuchung im Rahmen der Formaldehyddiskussion keine Belastung gezeigt habe.